

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 2795) ohne Bringegebühren vierteljährlich M. 4.20; durch die Postbezugsstellen M. 3.60 frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktor: E. Feine in Hamburg.

Freitag, den 11. August 1893.

Einziges werden die sechsgeheften Beilagen oder deren Raum mit 30 A.
für den Arbeitsmarkt, Vermittlung- und Familienanzeigen mit 20 A. berechnet.
Anzeigenannahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Antisemitische Programmpunkte.

III.

Die Quintessenz aller antisemitischen „sozial-reformatorischen“ Weisheit steht in einem kleinen Satze des „Programms“, welcher lautet:
„Soziale Neuordnung auf dem Boden der Berufstreue und Erwerbsföhigkeit.“
Der Satz ist zwar nicht neu und der Gedanke, den er enthält, ist nicht dem Hiren der Leiter der Zukunfts-partei entlehnt. Man hat es da zu thun mit einer, in konservativen Kreisen von jeher vertretenen Idee, die auf die Überwindung der sozialen Organisation des Mittelalters zurückgeht. Solch eine Idee ist nur möglich bei Menschen, welche die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu erkennen oder in ihren unvermeidlichen Konsequenzen zu erfassen vermögen. Diese Entwicklung führt, wie das sozialdemokratische Programm so klar darlegt, mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet, — also zum Untergang gerade der zahlreichsten Erwerbsföhigen. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Unser Programm geht den Thatsachen auf den Grund, indem es weiter ausführt:
„Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerplitterten Kleinbetriebe durch Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die verdrängten Mittelschichten — Kleinrentner, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“

„Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Arme der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Zivilisierten ist.“
„Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.“

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches eben das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinrentner zu enteignen und die Arbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verdrängung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Geraden und Bergwerke, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Baarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Hervorbringung werde.“
„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.“

Da haben wir die denkbar wahrste und klarste Schilderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zugleich die Angabe des Mittels, diesem Unrecht und Unheil ein Ende zu machen. Berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit mit Unterordnung des Kapitals, der Produktionsmittel, als gesellschaftliches Eigentum unter die Arbeit; eine alle Berufsstände umfassende Organisation auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus, — das ist das nächste große Ziel der ökonomischen Entwicklung. Auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung, die vom Kapitalismus beherrscht wird, eine „soziale Neuordnung“ nach Berufsständen und Erwerbsföhigkeiten vornehmen wollen, das heißt auf dem Gipfel der unmündigsten Utopikerei stehen. Ohne Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ohne Rückkehr zu mittelalterlichen Zuständen läßt sich das antisemitische Zukunftsstaats-Ideal mit der „sozialen Neuordnung“ nicht schaffen. Aber diese Wirtschaftsordnung läßt sich nicht hinwegbetreiben, sie will sich ausleben, um einer gerechtem Platz zu machen. Alle soziale Neuordnung kann nur das Ergebnis der wirtschaftlichen sein. Will der Antisemitismus eine wirtschaftliche Neuordnung? Nein, er läßt die Kapitalherrschschaft, die Grundlage der bestehenden Ordnung unangetastet, während er zugleich die künstlichen Verdrängungen unterstüßt und in seinem Programm Verdrängung der Gewerbetreibenden fordert. Wohl lesen wir in einem den antisemitischen Kandidaten im ersten Hamburger Wahlkreise empfehlenden Flugblatt, daß die „Zukunftspartei“ dafür eintreten will, „die Auswüchse des Kapitalismus“ zu be-

seitigen. Wenn wir nur erst wüßten, was der Antisemitismus unter „Auswüchsen“ versteht! Er wendet sich bekanntlich nur gegen jüdische Kapitalisten und Ausbeuter und will glauben machen, wenn nur diese erst „unschädlich“ gemacht seien, so sei auch „die soziale Frage gelöst“. Danach hat er an „christlicher“ Kapitalherrschschaft nichts auszusetzen.

Mit keiner Silbe thut das antisemitische Programm des Kapitalismus Erwähnung, geschweige denn, daß von Genuß und Kampf zwischen Kapital und Arbeit die Rede wäre, von welchem Kampfe schon Basile vor mehr als dreißig Jahren schrieb, daß er zum Inhalt hat den wieder einmal streng gewordenen Begriff des erworbenen Rechtes und daß dieser Streit die Gesellschaft durchzittert bis in ihre innersten Tiefen.

Um diese entscheidende Thatsache drückt der Antisemitismus sich herum; ja, er wirft sich zur Verteidigung der strengen Grundlage gegenwärtiger Ordnung, des erworbenen Rechtes der Ausbeutung auf. Nur darf der Ausbeuter nicht Jude sein! Zwar kennt die „Zukunftspartei“ auch eine „Arbeiterfrage“ und ihr „Programm“ fordert zur „Lösung“ derselben:
a. Verbesserung bezw. weiteren Ausbau der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherungsgesetze; staatliche Fürsorge für Waisen und Waisen;
b. Maximal-Arbeitszeit nach der Eigenart der einzelnen Betriebe;
c. Beschränkung bezw. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken und gewerblichen Betrieben;
d. Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden;
e. staatliche Einigungs-Kommission für Lohn- und andere Streitigkeiten;
f. Fürsorge für gesunde Arbeiter-Wohnungen;
g. Ueberwachung des Fabrik- und Bergwerkwesens;
h. Verbot der Einführung chinesisches Arbeiter.
„Selt Jhr“ — sagen uns die Antisemiten mit triumphierender Miene — „wir wollen auch was für die Arbeiter thun, wir fordern gesetzlichen Arbeiterschutz, so gut wie die Sozialdemokratie.“

Gemach, Ihr Herren, sein gemacht! Was werdet Ihr antworten, wenn wir Euch befehlen, läppische Demagogie zu sein? Ihr seid's! Aber Ihr dürft Euch trösten, denn Ihr seid als solche nicht allein. Auch das Zentrum hat seine Demagogie, und mit Arbeiterschutzgesetzen glauben wenigstens noch einen, wenn auch nur kleinen Teil der Masse indifferenter und unangenehmer Arbeiter für die ultramontanen Parteizwecke einzunageln zu können. Und neuestens hat man in Schwabe der sogenannten „freisinnigen“ Partei alles Ernstes erwohnen, ob es nicht gerathen sei, auch etwas in „Sozialpolitik“ und „Arbeiterschutz“ zu machen, um — der Sozialdemokratie Abbruch zu thun.“

Als vor etwa 25 Jahren bei ihrem Einzuge in's Parlament die Sozialdemokratie begann, sozialpolitische Gesetze im Interesse der Arbeiterschaft zu fordern, da hatte sie Regierung und sämmtliche Parteien in schroffer Weise gegen sich. Man bezeichnete die allerbedeutendsten Forderungen zum Schutze der Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung als „undurchführbare“, nur auf die Verheerung der Arbeiter wider das Kapital berechnet“. Nicht einmal das Fabrikenspektoral wollte man zugeben. Mit aller Entschiedenheit vertheidigte Regierung und herrschende Parteien den mandatorischen Grundfatz: der Staat habe kein Recht, sich in die Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit einzumischen.
Aber die sozialdemokratische Partei wuchs und wuchs; die Arbeiterbewegung ergriff immer weitere und größere Kreise, sie wurde eine Macht im politischen Leben, die mit immer größerem Nachdruck ihre Forderungen an die Gesetzgebung richtete, so insbesondere auch die gesetzlichen Arbeiterschutz und der gesetzlichen Arbeiterversicherung. Darüber verging ein Jahrzehnt. Immer noch widerstanden Regierung, sowie die liberalen und konservativen Parteien diesen Forderungen. Die inzwischen entstandene Zentrumspartei aber trat unter dem Einflusse des ihr ausgehenden Kulturkampfes, in der Hoffnung, große Massen von Arbeitern an sich zu fesseln, der Frage der sozialpolitischen Gesetzgebung näher.

Wir erwähnten vor einiger Zeit an dieser Stelle, daß noch im Jahre 1877 das offizielle Organ der preussischen Regierung, die „Provinzial-Korrespondenz“, eine „amtliche Denkschrift“ veröffentlichte, in welcher es wörtlich heißt: „Die Anwendung außerordentlicher Mittel zu Gunsten der Arbeiter muß sehr bedenklich und gefährlich erscheinen. Der schon jetzt laut gewordene Ruf nach Umgestaltung der bestehenden Ordnung würde noch lauter erklingen, je mehr die Regierung unter Aufgabe ihrer Grundzüge in Folge des Drucks der in sozialdemokratischen Volksversammlungen gefaßten Resolutionen sich nachgiebig erweise.“
Was forderten denn jene Volksversammlungen? Nichts mehr als: Maßregeln zur Verbesserung der Lage der Arbeiter; gewerbliche Schiedsgerichte und Einigungsämter; Reform der Strafanstalten; Beschränkung der gewerblichen Frauen- und Beschäftigung der Kinderarbeit; gesetzliche Normalarbeitszeit; Verjüngung der Arbeiter im Alter und im Invaliditätsfalle etc.
Dabei etwas zugefügt, schien der Regierung „sehr bedenklich und gefährlich“.

Es kam das Sozialistengesetz im Jahre 1878, das unsere Partei „vernichten“ sollte. Die „Verdrängung“ gelang nicht. Dann wurde die Welt überflutet durch die kaiserliche Postkarte von 1881, welche „positive Forderung des Wohles der Arbeiter“ verließ und durch die in den Motiven zum Unfallversicherungsgesetz enthaltene Erklärung; daß gesetzgeberische Maßregeln zu Gunsten der Arbeiter zu ergreifen seien, und zwar ohne Rücksicht auf das Verhalten, ein sozialistisches Element in die Gesetzgebung einzuführen.“
Was dabei für die Arbeiter herausgekommen ist, wissen unsere Leser.
Selbstverständlich die sogenannten „Ordnungs-parteien“ einen förmlichen Weikampf in „Arbeiter-

freundlichkeit“ oder wenigstens in Versicherungen derselben. Nun fordern sie alle, jede entsprechend ihrer Eigenart, wenigstens „etwas“ für die Arbeiter. Wer wird sich wundern, daß auch die antisemitische Partei dieses demagogische Spiel mitmacht?

Im Bunde mit der Macht der wirtschaftlichen und sozialen Thatsachen hat die Sozialdemokratie Regierung und gegnerische Parteien gezwungen zur Anerkennung der sozialen Frage und der Notwendigkeit der Sozialreform, wenigstens im Prinzip. Und nun geben sich alle diese Parteien, als seien sie die bewussten „sozialreformatorischen“ Faktoren und hätte ihr „sozialreformatorisches“ Wirken gar keine Vorgeschichte.

Es bleibt schon dabei, was wir so oft betont haben, und was ja selbst ein Bismarck im Reichstage zugegeben hat, die „Arbeiterfreundlichkeit“ der antisozialdemokratischen Parteien ist das Resultat der Furcht vor der Sozialdemokratie. Und wenn der Antisemitismus in sein Programm Forderungen aufnimmt, die unsere Partei schon vor einem Viertel Jahrhundert mit geistiger Begründung und weit klarer, umfassender und präziser unter dem entscheidenden Widerstand der Regierungen und der herrschenden Klassen aufgestellt hat, — nun, so ist das doch nur eine plump-demagogische Spekulation auf Arbeiterstimmen. Sollten die Herren Antisemiten sich von dieser Spekulation im Ernste Erfolg unter den Arbeitern, besonders hier in Hamburg, versprechen, so dürfen sie unerschrocken die Mittel des Mißtraus ansetzen. Wer von diesen Herren nicht ganz ohne sozialpolitischen Verstand ist, wer von ihnen den wahren Charakter der Arbeiterfrage wenigstens ahnt, der muß ein Gefühl tiefer Beschämung empfinden, wenn er die diese Frage betreffenden Forderungen des antisemitischen Programms vergleicht mit denen, die das Programm der Sozialdemokratie aufstellt. Hier sind sie:

- 1) Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
a. Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
b. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
c. Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlthat Nachtarbeit erheischen.
d. Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
e. Verbot des Trunkstemsens.
2) Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erziehung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3) Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstmoten mit den gewerblichen Arbeitern; Befreiung der Gewerbeordnungen.
4) Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5) Uebernahme der gemeinsamen Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.“

Die so sehr wichtige Frauenfrage wird im antisemitischen Programm völlig ignoriert. Es muß aber gefordert werden, wie die Sozialdemokratie das thut: Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in ökonomischer und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

Ueber die geradezu albernen Forderungen des Programms der „Zukunftspartei“, betreffend die Beschränkung der Konsumvereine, strafrechtliche Bestimmungen gegen verlogene Reklame etc. gehen wir ohne ein Wort der Kritik hinweg. Nur die eine Bemerkung wollen wir uns erlauben, daß solche strafrechtliche Bestimmungen an richtigen Anwendung fänden gegen den Antisemitismus selbst, denn dieser ist die Stätte der denkbar verlogenen Reklame für rechtliche Zwecke.
„Verbesserung der sozialen Lage der Handelsgeschäfte“ verlangt das antisemitische Programm auch; aber darüber, wie diese Verbesserung bewirkt werden soll, erfahren wir nichts. Hier tritt wieder die Art und Weise, wie der Antisemitismus hofft, Anhänger aus den einzelnen Berufsständen zu gewinnen, in ihrer ganzen großartigen „Genialität“ zu Tage.
Den Beamten die Versicherung der „Fürsorge“, den Handwerkern, Bauern, Arbeitern und Handlungsgehilfen ebenso. Jeder bekommt eine Extrawurde geboten, an der er kann und wirgen kann nach Herzenslust, befehl von dem Gedanken, daß sie doch wenigstens nicht — „loscher“ ist.

Nur nebenbei sei noch bemerkt, daß das antisemitische Programm für eine „sozialistische“ und „jüdische Kolonialpolitik“ (also für die mit dem Gelde des Volkes und mit dem Blute seiner Söhne zu schaffenden Sonderinteressen einiger großer Handelshäuser), sowie für „Einrichtung von überseeischen Strafkolonien“ eintritt. Weshalb nicht auch für ein Gesetz, das alle Gegner des Antisemitismus, die Juden natürlich in erster Linie, verurteilt, in die Strafkolonien geschickt zu werden?
Ganz am Schlusse des Programms kommt der Kernpunkt der antisemitischen Bestrebungen zum Ausdruck in der Forderung:
„Aufhebung der Gleichberechtigung und Stellung der in Deutschland lebenden Juden unter ein besonderes Fremdenrecht (Zudenrecht); Verbot der Einwanderung fremder Juden.“
Ueber diese aller Vernunft und den einfachsten Grundsätzen der Gerechtigkeit Hohn sprechende, die Humanität und Kultur schändende, dem Sumpfe des revolutionären Geistes deutlicher Junker und geistlicher Pfaffen entstammende Forderung haben wir schon so oft

die Geißel der Kritik geschwungen, daß wir es heute wohl bei dieser bloßen Erwähnung bewenden lassen dürfen.

Ah, wie recht hatte doch jener österreichische Politiker, der den Antisemitismus den „Sozialismus des dummen Volks“ nannte!

Dieser „Sozialismus“ ist's, der auch aus dem „Programm“ der antisemitischen Partei spricht. Wo keine vernünftigen und gerechten Grundprinzipien die Richtschnur des sozialpolitischen Handelns abgeben, da kann ein Parteiprogramm allerdings nichts Besseres bieten, als das, was das antisemitische enthält. Der „Sozialismus des dummen Volks“ tritt da so recht deutlich in die Erscheinung.

Von der Weltbühne.

„Deutsches Volk, den Beutel auf“, — das ist der Rufen des gartigen politischen Viehes, das auf dem 8. August in Frankfurt zusammengetretenen Finanzminister-Konferenz ertönt. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse scheint die „Frankf. Ztg.“ am besten informiert zu sein. Herr Riquel behauptet, offenbar im Einklang mit seinen Kollegen vom „Sozialpolitischen“ Mittel zur Deckung der Kosten für die „Reform“ müssen aufgebracht werden. Der Schatzminister konzentriert nach hauptsächlich der Frage der Tabakfabriksteuer gewandt. Die Debatte war sehr eingehend und, wie man vernimmt, wurden gegen den Steuerentwurf von mehr als einer Seite Einwendungen erhoben. Man ist aber zu einem — wenn auch nicht einstimmigen — Einverständnis gekommen, so daß also die Tabakfabriksteuer seitens der Vertreter der Regierungen im Prinzip als angenommen gelten darf. Hingegen läßt sich über die Höhe der Steuer und die Abminderung der Abflüsse nichts sagen; sie muß schon aus dem Grunde später Beratung vorbehalten bleiben, weil erst, wenn das reichsfinanzielle Bedingungsprogramm vollständig vorliegt, auch der aus dem Tabak zu ziehende Steuerertrag genau abgemessen werden kann. Es wird die Bemessung dieses Mehrertrages noch davon abhängen, wie die übrigen Steuerprojekte aufgenommen werden; mit anderen Worten: je weniger die anderen Steuerentwürfe Aussicht auf Annahme haben, desto mehr muß der Tabak bluten und umgekehrt. Wie schon gesagt, wird die Produktionssteuer fallen und dementsprechend der Tabak, ganz genau um M. 45 herabgesetzt werden. Was die Art der Besteuerung betrifft, so ist eine Stempelung beim Fabrikanten in Aussicht genommen. Es werden drei Hauptklassen angenommen, Zigarren, Rauchtabak, Schnupftabak, innerhalb deren Abflüsse nach dem Wertes Maß gezeihen. Die Einführung von Bandrollen, wie sie anderwärts in Gebrauch sind, ist nicht beabsichtigt, vielmehr beschränkt sich die Aufsicht auf eine Buchkontrolle, die unter thunlichster Schonung der kleineren Produzenten durchgeführt werden soll. (11) Ueberhaupt geht man die Konten so weit zu erschließen, als nur irgend möglich ist, um jede Schädigung der Betriebe fernzuhalten. Man hofft, daß das Tabakfabriksteuergesetz bereits am 1. April in Kraft treten kann. — Auch über das Stempelsteuer-Gesetz wurde beraten, und auch hierüber ist man, wie verläutet, zu einer gewissen Einigung gekommen, die indessen ganz allgemeiner Natur ist. Die Frage gilt in ihren Einzelheiten noch nicht als spruchreif, wohl gerade in der letzten Zeit beachtenswerthe Mitteilungen über die Bedürfnisse des Geschäftlebens gemacht worden sind, die eine Berücksichtigung erheischen. Weitere sorgfältige Beratungen sind in Aussicht genommen, da die Wichtigkeit besteht, das solbe Geschäft thunlichst wenig zu belästigen. Endlich ist auch die Luittungssteuer in den Kreis der seitigeren Beratungen gezogen worden.

Ein oben beschriebenes Gesetz ist bis jetzt, wo wir dieses schreiben, noch nicht gefaßt worden. Es wird erwartet, daß die Konferenz bis morgen (Freitag) ihre Arbeiten beendet haben wird.
Worauf es ankommt bei der „Steuerreform“, unter deutscher Mitwelt, lasse nicht täuschen über den Zweck dieser „Reform“. Man wird eine bedeutende Summe des sozialen Elends und ein Anwachsen der wirtschaftlichen Korruption herbeiführen. Aber wenn soll's zu Gute kommen? Dem Reiche? Man sagt so. In Wahrheit aber ist Herr Riquel um die Reichsfinanzen nicht besorgt.
Es ist ihm im Gegentheil vollkommen gleichgültig, wie nun befreit werden soll. Seine Hauptfrage ist das preussische Budget mit seinem Defizit von einem halben hundert Millionen, das zu einer hängigen Einzahlung zu werden droht und das man nicht allmählich mit neuen Anleihen decken kann. Das wichtigste am der Reform der Reichsfinanzen sind möglichst große Ueberweisungen an die Einzelstaaten. Das Reich soll das Defizit im preussischen Haushalt decken. Daher die ungeheure Forderung von 150 bis 200 Millionen neuer Reichsfinanzen, was eine Vergrößerung einer eben so großen Summe neuer erwerbter Arbeitskraften nach sich ziehen wird.
Es wäre eine überflüssige Mühe, den Finanzministern in's Gewissen zu reden. Die Herren halten nichts sagende Reden, aber das Ergebnis wird dem Volke geltend in die Ohren klingen. Die Berliner „Volk-Ztg.“ meint: „Was die Finanzminister beschließen werden, dürfte ohne Weiteres die Zustimmung des Bundesrates finden. Allein der Reichstag? Nach seiner Zusammensetzung zu urtheilen, darf man kaum hoffen, daß er es sich bringen wird, Widerstand zu leisten. Selbst wenn das Zentrum sich in seiner Gesamtheit gegen die indirekten Steuern erklären sollte, was kaum anzunehmen ist, so werden die Antisemiten doch nicht nachlassen, zu Allem Ja und Amen zu sagen. Und was die politischen Räderwerke um Räder betrifft, so vermag ein herablassendes Kopfen auf die Schulter Wunder zu wirken. Auch sie werden es zugeben, daß das Reich unter Kuratel gestellt wird. Auch sie werden dazu beitragen, daß die Unzufriedenheit immer weitere Kreise ergreift, und daß die Klüft zwischen den Besitzenden und nicht Besitzenden Klassen noch breiter wird.“

Ein recht vergnügtes Gesicht wird vorgefunden die Hauptperson vom „Vormundschafte“. Komitee des Deutschen Reiches“, das da gewöhnlich in Frankfurt a. M. über die Zoll- und Steuer-Reform berät, Finanzminister Riquel, gemacht haben, aber eine Deputation des Reichstages in Gattowitz, schafte Verstandes empfang. Diefelbe kam, um den Finanzminister für den Kampf gegen ihre Konzentration zu interessieren nach dem bekannten Text: „D. D. betziger Horden, Verschiedene unsere Häuser, Jüden“ andere dort an. Sie überreichte eine Petition, in der eine Reihe von Mißständen angeführt wird, die nach der Ansicht der Petenten zu dem Niedergang des Reichsgewerbes beitragen. Sie wendeten sich gegen die sogenannten Vereinigungswirtschaften, das Zimmervermietten mit Pension und die Privatökonomie, namentlich aber gegen den Flaschenbierhandel und Verkauf der Konfessionen, verordnungs- und im Kleinverkauft steuerfrei betriebenen kann, während der Bier nur unter Konfession, Verordnungs, bedeutenden Steuern und großen Geldstrafen das Bier abgeben konnte.

Das „gutgefinnte“ Reichsoberhaupt ärgert sich darüber, daß der internationale Arbeiterkongress in Zürich letzten Herbst mit dem Anarchisten gemacht, jeder Gemeinshaft mit diesen Herren entzogen und die geführten Ordnungen auf die frische Luft besetzt hat. Das darf unseren „Ordnungs-politiker“ gar nicht in den Kram; sie hätten es ja gerne gesehen, daß die Sozialdemokratie wenigstens den Ausblick zugelassen hätte, als billige sie im „Grunde des Gezeins“ den Anarchismus. Dann hätten sich so prächtige Artikel zum „Schutze der Ordnung“ schreiben lassen! Doch es hat nicht sollen sein. Mit schädel verbleibtem Jugium leistet sich ein solcher Politiker folgende „die Rührer der proletarischen Bewegung“ überflüssige Fehle:
„Der Ausschluß der Anarchisten von dem Kongress des Züricher Sozialistenkongresses ist ein schwerer Fehler, der die Schlinge, welche auf dem Züricher Kongress (1111) die Herren, welche auf dem Züricher Kongress das entscheidende Wort sprachen, wollen nicht,

Staatssekretär v. Ralghin sagte zu, daß die Konfessionspflicht des Flaschenbierhandels oder Verkauf demnach im Reichstag zur Veranlassung kommen solle; die Regelung des Konfessionen- und Vereinigungswirtschaftswesens liege bereits dem Reichstage vor, und zwar in einem dem Petenten günstigen Sinne. Die Konfessionen, Konsumvereine, Oeffenvereine, sowie die Bierbrauer, die Bier an Private abgeben, würden danach künftig besteuert werden.
So kann denn Herr Riquel bei Anzuehung dieses Theiles der „Steuerreform“ sich allen Opponenten gegenüber darauf berufen, daß ein bedeutender Interessententheil dieselbe ausdrücklich verlangt. Aber wenn die Mitglieder des deutschen Oekonomischen Verbandes daran die Hoffnung knüpfen, daß sie eine „Entlastung“ und die „Hebung ihres Geschickes“ erfahren werden, so dürfen sie bald eine niederschmetternde Enttäuschung erleben.

Der anarchische Charakter unserer Wirtschaftlebens wird durch herartige Sonderinteressen-Umtriebe in seiner vollen Schärfe erkennbar. Da sieht eine Interessenten-Gruppe gegen die andere; der Interessentkampf erfährt durch die famose Zoll- und Steuerpolitik eine bedeutende Verschärfung, und zwar zum Vortheil dieser Politik, nicht zum Segen des arbeitenden, konsumierenden Volkes, das die Zehne zahlen muß. Was diese oder jene Gruppe von Interessenten, wie z. B. die der Oekonomisten, auf der einen Seite scheitern gewinnt, wird sie auf der anderen Seite in Wirklichkeit doppelt verlieren. Die Finanzpolitik aber laßt sich in's Fäulnis und dem: Dividuo et impera — theile und herrsche.

Auch die Vorkämpfer, vertreten durch eine Deputation des Frankfurter Wechselmakler-Syndikats, sind bei Herrn Riquel von wegen der Deputation legte — wie wir aus einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ entnehmen — die Nachtheile der, die schon die bisherige Steuerbelastung des Börsenverkehrs herbeigeführt habe und welche bei einer Verdoppelung der Steuerhöhe sich noch wesentlich steigern müßten, zumal die Geschäftstätigkeit der Börse ohnehin und seit längerer Zeit so schwer darniederliegt. Die Erweiterung des Ministeriums gab, außerdem Vernehmen nach, die Versicherung, daß auch die vegetarische Natur dieser Bestimmung keineswegs verleierte, und daß er im Prinzip durchaus sein Freund einer Verringerung des Zehne sei. Aber er mußte betheuern, daß schon der bisherige Steuerertrag eine schwere Schädigung betriebe habe, da nach der Börse vor einigen Jahren eine Aufschwung nahm trotz der Steuer und jetzt darniederliege aus einer Reihe von anderen Ursachen. Eine Mehrbelastung der Börse aber werde nicht zu vermehren sein. Wie leben in einem eizernen Zeitalter, die Kosten des neuen Militärwesens müssen aufgebracht werden und niemand werde eine neue Steuer durchsetzen können, ohne daß zugleich eine weitere Befreiung der Börse erfolgt. Während jeder andere Steuerertrag auf der einen oder anderen Seite Widerspruch findet, welche die Mehrbelastung der Börse im Volke und so ziemlich von allen Parteien gefordert und gebilligt. Ob sie so große Summen wird einbringen können, wie ihre Befürworter annehmen, das bezweifelt freilich auch er, aber ausbleiben werde sie nicht können. Dem Gedanken einer Konzentration eines bestimmten Ertrages und dessen Verteilung auf die einzelnen Vorkämpfer ist der Minister abgeneigt; es sei zu schwierig, die Börse als Korporation zu fassen, und schließlich, wer dazu beitragen habe, wer nicht. Auch in Bezug auf das Projekt einer Kontingenz- und Emissionssteuer fanden die vorgeschlagenen Bestimmungen der Anerkennung des Herrn Riquel, namentlich, daß es schwer annehmen würde, die schon zugelassenen Papiere nachträglich zu belasten, während eine Mehrbelastung neuer Emissionen gerade die Papiere dritten und noch niederen Ranges begünstigen und ihnen einen geschützten Markt verschaffen würde. Nach alledem geht der Gesamtmeinung dahin, daß schließlich doch an der geplanten Erhöhung der Unzufriedenheit festgehalten werden soll.
Im Gegensatz zu den obigen Meldungen über die Anzuehung des Finanzministeriums gegen eine Emissionssteuer wird aber nach einer Wolffischen Meldung aus Frankfurt a. M. von „unterrichteter Seite“ die Nachricht, daß der Finanzminister Dr. Riquel sich gegenüber der Frankfurter Wärlern gegen eine Emissionssteuer ausgesprochen habe, als vollständig unbegründet erklärt.

Einem Blick in's Weite thut die ultramontane „Katholische Volks-Ztg.“ in einem Artikel über den internationalen Kongress in Zürich. Sie schreibt:
„Sehr lebhaft dürfte es in Zürich auch bei der Frage der Taktik und dem Kriegsausstand“ zugehen. Abgesehen von holländischer Seite abermals der verdrängte Antrag vor, das revolutionäre Proletariat möge eine etwaige Kriegserklärung mit dem „Weltanstand“ beantworten, die gewaltame Revolution in allen Ländern auslösen und die Proletarier im Soldatenruf zur Verweigerung des Kriegsdienstes anfordern. Der Züricher Kongress hat zwar diese großmüthige Drohung auf Betreiben der Deutschen zurückgewiesen; aber es dürfte sich in Zürich immerhin eine ansehnliche Wühlerzahl für den holländischen Antrag erheben. Und die parlamentarische Taktik der deutschen Sozialdemokratie Billigung finden wird, steht noch sehr dahin. Allerdings werden sich, wie längst die „Neue Ztg.“ bemerkte, die deutschen Sozialdemokraten keine den deutschen Verhältnissen widerprechende Taktik diktieren lassen; aber sie werden wohl sehr kaum glauben, im Deutschen Reichstag die Mehrheit zu erhalten. Und wenn es doch der Fall wäre, so würde sich die Wühlerheit der Mehrheit schmerzlich fühlbar machen. Ein gewaltamer Abschluff, wenn die Dinge sich in der bisherigen Weise weiter entwickeln, unvermeidlich.“

Wenn spricht denn das ultramontane Blatt bei Voraussetzungen dieser Eventualität das Ueifert? Nicht der Sozialdemokratie, sondern den herrschenden Klassen, von denen das Blatt annimmt, daß sie geneigt seien, ihre Privilegien, die mit dem Gemeininteresse unvereinbar sind, mit Gewalt gegen die Antisemiten zu vertheidigen. Sieht denn die „Kath. Volks-Ztg.“ nicht ein, daß sie damit das „Recht der Gewalt“ plausibel macht?

Das „gutgefinnte“ Reichsoberhaupt ärgert sich darüber, daß der internationale Arbeiterkongress in Zürich letzten Herbst mit dem Anarchisten gemacht, jeder Gemeinshaft mit diesen Herren entzogen und die geführten Ordnungen auf die frische Luft besetzt hat. Das darf unseren „Ordnungs-politiker“ gar nicht in den Kram; sie hätten es ja gerne gesehen, daß die Sozialdemokratie wenigstens den Ausblick zugelassen hätte, als billige sie im „Grunde des Gezeins“ den Anarchismus. Dann hätten sich so prächtige Artikel zum „Schutze der Ordnung“ schreiben lassen! Doch es hat nicht sollen sein. Mit schädel verbleibtem Jugium leistet sich ein solcher Politiker folgende „die Rührer der proletarischen Bewegung“ überflüssige Fehle:
„Der Ausschluß der Anarchisten von dem Kongress des Züricher Sozialistenkongresses ist ein schwerer Fehler, der die Schlinge, welche auf dem Züricher Kongress (1111) die Herren, welche auf dem Züricher Kongress das entscheidende Wort sprachen, wollen nicht,